

Volks-Zeitung

Fünfundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise:

Die 8 Spalten 34 mm breite Mittelzeile oder deren Raum 60 Pf., bei 10 Spalten 40 Pf., bei 12 Spalten 45 Pf., bei 14 Spalten 50 Pf., bei 16 Spalten 55 Pf., bei 18 Spalten 60 Pf., bei 20 Spalten 65 Pf., bei 22 Spalten 70 Pf., bei 24 Spalten 75 Pf., bei 26 Spalten 80 Pf., bei 28 Spalten 85 Pf., bei 30 Spalten 90 Pf., bei 32 Spalten 95 Pf., bei 34 Spalten 100 Pf., bei 36 Spalten 105 Pf., bei 38 Spalten 110 Pf., bei 40 Spalten 115 Pf., bei 42 Spalten 120 Pf., bei 44 Spalten 125 Pf., bei 46 Spalten 130 Pf., bei 48 Spalten 135 Pf., bei 50 Spalten 140 Pf., bei 52 Spalten 145 Pf., bei 54 Spalten 150 Pf., bei 56 Spalten 155 Pf., bei 58 Spalten 160 Pf., bei 60 Spalten 165 Pf., bei 62 Spalten 170 Pf., bei 64 Spalten 175 Pf., bei 66 Spalten 180 Pf., bei 68 Spalten 185 Pf., bei 70 Spalten 190 Pf., bei 72 Spalten 195 Pf., bei 74 Spalten 200 Pf., bei 76 Spalten 205 Pf., bei 78 Spalten 210 Pf., bei 80 Spalten 215 Pf., bei 82 Spalten 220 Pf., bei 84 Spalten 225 Pf., bei 86 Spalten 230 Pf., bei 88 Spalten 235 Pf., bei 90 Spalten 240 Pf., bei 92 Spalten 245 Pf., bei 94 Spalten 250 Pf., bei 96 Spalten 255 Pf., bei 98 Spalten 260 Pf., bei 100 Spalten 265 Pf.

Druckpreise:
Die 8 Spalten 34 mm breite Mittelzeile oder deren Raum 60 Pf., bei 10 Spalten 40 Pf., bei 12 Spalten 45 Pf., bei 14 Spalten 50 Pf., bei 16 Spalten 55 Pf., bei 18 Spalten 60 Pf., bei 20 Spalten 65 Pf., bei 22 Spalten 70 Pf., bei 24 Spalten 75 Pf., bei 26 Spalten 80 Pf., bei 28 Spalten 85 Pf., bei 30 Spalten 90 Pf., bei 32 Spalten 95 Pf., bei 34 Spalten 100 Pf., bei 36 Spalten 105 Pf., bei 38 Spalten 110 Pf., bei 40 Spalten 115 Pf., bei 42 Spalten 120 Pf., bei 44 Spalten 125 Pf., bei 46 Spalten 130 Pf., bei 48 Spalten 135 Pf., bei 50 Spalten 140 Pf., bei 52 Spalten 145 Pf., bei 54 Spalten 150 Pf., bei 56 Spalten 155 Pf., bei 58 Spalten 160 Pf., bei 60 Spalten 165 Pf., bei 62 Spalten 170 Pf., bei 64 Spalten 175 Pf., bei 66 Spalten 180 Pf., bei 68 Spalten 185 Pf., bei 70 Spalten 190 Pf., bei 72 Spalten 195 Pf., bei 74 Spalten 200 Pf., bei 76 Spalten 205 Pf., bei 78 Spalten 210 Pf., bei 80 Spalten 215 Pf., bei 82 Spalten 220 Pf., bei 84 Spalten 225 Pf., bei 86 Spalten 230 Pf., bei 88 Spalten 235 Pf., bei 90 Spalten 240 Pf., bei 92 Spalten 245 Pf., bei 94 Spalten 250 Pf., bei 96 Spalten 255 Pf., bei 98 Spalten 260 Pf., bei 100 Spalten 265 Pf.

Nr. 14.

Halle, Montag, den 10. Januar 1921.

Einzelpreis 30 Pfg.

Demokratie und Vaterland.

Demokratie und Monarchie.

Im Leitartikel unserer Sonntag-Kummer haben wir in großen Zügen die tragenden Grundgedanken der Demokratie besprochen. Um nun oben den von rechts wie von links immer wieder kommenden Vorwürfen, daß einerseits die Demokratie die Korruption der Sozialdemokratie, andererseits über Schleppentrichter der Reaktion sei, die Spitzen abzubrechen und auch für die Anhänger der Demokratie neue Klarheit darüber zu schaffen, daß sie wirklich einer Sache dienen und mit voller Begeisterung dienen können, die allein das deutsche Volk wieder hochbringen kann, erscheint es uns zweckmäßig, in einer Reihe weiterer Artikel zu den einzelnen politischen Grundfragen ausführlicher Stellung zu nehmen.

Da fände in erster Linie die Stellung der Demokratie zum monarchischen Staatsgebäude in Frage, an dem heute noch weite Kreise des Volkes hängen unter dem Einfluß einer auf Rekonstruktion des Königtums zielender, mit großen Mitteln arbeitenden Propaganda. Diese Propaganda, bzw. ihre Träger sind von jeher die erbittertesten Feinde der Demokratie gewesen und sind auch heute noch die Mäher und Erzeuger des Hasses gegen jede Strömung, welche auf Erweiterung der Rechte des Volkes unter gleichzeitiger Einschränkung der Macht der auf einem angeblichen Gottesgnadentum beruhenden Regierungsgewalt hingilt. Diese Kreise sind es auch, die nur heillose Verzerrung in den Köpfen des deutschen Volkes angerichtet haben über den Begriff des nationalen Empfindens und des deutsch-völkischen Gedankens. Es ist zu einem geradezu unerträglichen Zustande gekommen, daß von gewisser Seite als national nur diejenigen Kreise bezeichnet werden, die in der Monarchie die einzig berechtigten Staatsform sehen und sich von den gottgewollten Abhängigkeiten nicht trennen können. Nach ihrer Auffassung ist national nur derjenige, der sich blindlings als getreuer Untertan der Obrigkeit unterwirft und in dem Monarchen ein höheres Wesen sieht, das niemanden außer Gott für seine Handlungen verantwortlich ist. Der Standpunkt der Demokratie zur nationalen Frage ist aber ein weitlich anderer von jeher gewesen und wird es auch in alle Ewigkeit bleiben. Sie sieht in der Frage des Volkes nicht die misere plebs anzuhören, die sie durch ihr Recht zu einem in Wahrheit noch Angehörigen einer Rasse, die sich einbildet, zu etwas Höherem gehören zu sein, auf dem Baude herumtritt und für gnädig gesehene Rechte kurzschneidet der Fremde zur Belustigung des Landesherren schlägt. Sie sieht in der Majestät des Volkes vielmehr die Träger der Volkstugend, die, Arbeitstun, Schaffensdrang und Mannesstolz in den Weibern, nicht in flüchtiger Demut und hübschlicher Treue sich einer ausgleichenden Obrigkeit beugen und sich von ihr gängeln lassen, sondern sich in freier Erkenntnis der Notwendigkeit einheitlicher Führung in gemeinsamen Angelegenheiten und zum Schutz der Volksgemeinschaft die Personen anerkennen, die sie durch ihr Recht zu einem in Wahrheit noch Angehörigen einer Rasse, die sich einbildet, zu etwas Höherem gehören zu sein, auf dem Baude herumtritt und für gnädig gesehene Rechte kurzschneidet der Fremde zur Belustigung des Landesherren schlägt. Sie sieht in der Majestät des Volkes vielmehr die Träger der Volkstugend, die, Arbeitstun, Schaffensdrang und Mannesstolz in den Weibern, nicht in flüchtiger Demut und hübschlicher Treue sich einer ausgleichenden Obrigkeit beugen und sich von ihr gängeln lassen, sondern sich in freier Erkenntnis der Notwendigkeit einheitlicher Führung in gemeinsamen Angelegenheiten und zum Schutz der Volksgemeinschaft die Personen anerkennen, die sie durch ihr Recht zu einem in Wahrheit noch Angehörigen einer Rasse, die sich einbildet, zu etwas Höherem gehören zu sein, auf dem Baude herumtritt und für gnädig gesehene Rechte kurzschneidet der Fremde zur Belustigung des Landesherren schlägt.

Der Gott der Ehen wachse lieb,
Der wolle keine Knechte,
Drum gab er Hammer, Schwert und Spieß
Dem Mann in seine Rechte.
Und damit jagten sie die Räder zum Tempel hinaus. Wer waren dabei ihre Führer? Männer der gottgewollten Obrigkeit? Nein! Aus dem Volke heraus erwachsen. Dem Volkswillen und Volkswort an die Spitze gestellt und darum ihrer Würden sicher. Herzöge, nicht aus ererbtem Recht, sondern auf Freitritt oder auf Lebenszeit erwählt und jederzeit durch Volksbeschluss absetzbar, wenn sie sich des Vertrauens unwürdig erwiesen. Auf der gleichen Grundlage wurden später die Fürsten und Könige gewählt. Das ist die Grundlage der deutschen Entwicklung. Und diese Grundlage ist demokratisch. Demokratisch ist auch der Gedanke der Einigung der deutschen Stämme zu einer großen Gemeinschaft aller in einem einzigen Deutschen Reich, dessen Führerschaft durch die Gemeinschaft der vom Volke selbstgewählten Fürsten gebildet, also ebenfalls auf dem Wege indirekter Wahl durch den Volkswillen bestimmt wurde. In sich nicht also Monarchie in diesem Sinne und Demokratie keine Gegensätze. Sie wurden es erst, als unter dem Einfluß der römischen Kirche, die sich in Anlehnung an den kaiserlichen Imperatorgebanten an die Organisation der Staatsverwaltung von oben herunter hat das Aufbauen von unten heraus machte, die künstliche Scheidung in Obrigkeit und Untertan vollzog. Der Einfluß des Kirchenregiments schuf die erblichen Herzöge, Fürsten und Königtümer und schloß das freie Selbstbestimmungsrecht des Volkes aus. Stämme und Völker wurden verschluckt und die besten Kräfte des freien Volkes wurden lahmgelegt, um

diesem zu Einfluß und Ansehen gelangen zu lassen, die als Streber und Feind der Wohlthat der Oberen zu erlangen wußten.

Die weitere Entwicklung bis in die Neuzeit hinein ist zu bekannt, als daß wir an dieser Stelle auf sie besonders eingehen nötig hätten. Immer wenn sich im Volke der Drang zeigt, übergriffen der Obrigkeit Einhalt zu tun und den besten Volksträften den Weg nach oben zu bahnen, werden die „verluchten“ Demokraten die Vorführer, denn sie waren, wie schon ihr Name sagt — den sie sich übrigens nicht selbst gegeben, sondern der ihnen von den „Oberen“ in begehrender Rücksichtung des Volkes angehängt wurde — Vertreter des Volkes. Dort wo Volle haben sie dafür nie erhalten, dafür aber von jeher sich den Haß derjenigen ausgesprochen, deren historisch durch nichts begründeten Vorrechte zugunsten des Volkes eine Schmälerung erliefen.

In sich ist also ein Gegensatz zwischen Demokratie und Wahlkönigtum oder Volkstönigtum in dem alten deutschen Sinne keineswegs vorhanden. Auch fällt es den Demokraten gar nicht ein, zu leugnen, daß sich einzelne Fürsten und Fürstenglieder in richtiger Erkenntnis ihrer Stellung als erste Diener des Staates und am Volksgangem unterbüßliche Verdienste um die Entwicklung des deutschen Volkes erworben haben. Das schließt aber keineswegs aus, daß die Demokratie dagegen Stellung nimmt, daß ein System, das infolge von fundamentalen Fehlern den Stürmen der Zeit nicht trotzen konnte, sondern abgewirft ist, mit aller Gewalt einem Volke wieder aufgewungen werden soll, das durch die Fehler des alten Systems in Not und Elend gekommen ist. Die Demokraten treiben auch keine Staatsverehrung, die den Staats als Selbstzweck und die „Untertanen“ als Mittel zum Zweck ansieht, sondern sie betrachten den Staat lediglich als eine Schutz- und Interessengemeinschaft für alle wirtschaftlichen und körperlichen Kräfte eines freien Volkes, das für sich das Recht in Anspruch nimmt, dieser Schutzgemeinschaft eine Form und eine Führung zu geben, die es für zweckentsprechend hält und in die es das größte Vertrauen für die Zukunft legt. Glaubt die Mehrheit des Volkes, aus sich heraus genügend geistige Kräfte zur absoluten Selbstverwaltung stellen zu können, so wird sich daraus die republikanisch-demokratische Staatsform ergeben. Glaubt die Mehrheit der vaterlich führenden Hand eines Monarchen oder des letzten Zugriffs eines turmhoch über dem Volke stehenden Diktators in gottgewollter Abhängigkeit nicht entraten zu können, so mag die untere Ansicht nach allerdings eines mündigen Volkes nicht mehr ganz würdige Form des Volkstönigtums aber, wenn der Selbstbestimmungswille des Volkes weit genug geht, auch der Absolutismus wieder zu seinem Rechte kommen. Für die Demokraten ist der Mehrheitswille des Volkes durchaus entscheidend. Was natürlich nicht ausschließt, daß jeder echte Demokrat nach wie vor seine besten Kräfte dafür einsetzt, daß das Volk in allen seinen Teilen durch Hebung des Bildungsniveaus und des Charakters so gereift wird, daß es seine Zukunft in freier Selbstbestimmung und nicht als in seinem Willen gefesselter Untertan einer Diktatur unter dem Geißel von Gottes Gnade gestalten kann. In diesem Sinne ist die Demokratie die Träger des nationalen Empfindens und des deutsch-völkischen Gedankens in seiner größten Reinheit.

Weitere Vertagung der Brüsseler Konferenz

Nach neueren Entscheidungen ist die für den 15. Januar geplante Wiederansammlung der Brüsseler Sachverständigenkonferenz bis nach der am 19. Januar stattfindenden Zusammenkunft der Minister der Entente verlagert worden.

Ein Angelpunkt der französischen Politik.

In seiner letzten Vortragsrede kommt der Abg. Schiffer im „Veipz. Tagbl.“ auf einen Angelpunkt der französischen Politik zurück, in dem er ausspricht: Die wahrhaft maßgebenden Kreise unserer Gegner teilen sich in zwei Gruppen, die sich im wesentlichen nur dadurch unterscheiden, daß die einen die Zertrümmerung Deutschlands unmittelbar wollen und mit allen Mitteln anstreben, während die anderen zwar zunächst andere Ziele verfolgen, aber auch von der Vernichtung Deutschlands nicht zurücktreten und sie in Kauf nehmen, wenn die Erreichung ihrer Ziele ohne diesen Akt der Zerstörung nicht möglich ist. Dieses für uns sehr trübe Bild wurde schon durch die französischen Kammerverhandlungen und auf Deutlichkeit gezeichnet. Durch die anschließenden Ereignisse und Aktionen wurde es aber noch erheblich vertieft. Die deutsche Regierung aber bitter Frankreich um Rechtschritte bei der Verfolgung der sog. Kriegsverbrechen und liefert damit den Beweis ihrer lokalen Anstrengungen, der Gerechtigkeit auch auf diesem Gebiete so schnell und gründlich als möglich Geltung zu verschaffen. Die französische Regierung aber durchkreuzt diese läbbige Absicht, indem das Ersuchen ab, läßt damit den Fortgang des Verfahrens, über dessen Vollgange und angebliche Verschleppung früher so oft gelaugt worden war, und benützt die Gelegenheit, das deutsche Ergebnis wieder einmal empfindlich zu kränken. Als diese Züge erscheint ohne Paß und Einverständnis auf dem Kongreß der französischen Sozialisten, schon benützt Frankreich dieses sornenhafte Auftreten der deutschen Kommunisten zu einem Aufgange über deutsche Hinterhältigkeit. Dann aber Schlag auf Schlag: Die Behandlung der Einwohnerversatz- und Entwässerungsfrage, das Sündenregister über vorgebliche Nichterfüllung der Verpflichtungen von Spa, die Note über die Eipo, die geistliche Trennung der

Absimmung über Oberflächen. Alle diese Maßnahmen zielen darauf ab, Deutschland schwach zu halten und Polen stark zu machen; und zwar soll Deutschland schwach bleiben, damit Polen stark ist, und Polen stark gemacht werden, damit Deutschland schwach bleibt. Deutschlands Schwäche soll eben gerade Polen stark sein. Dierin liegt ein Angelpunkt der französischen Politik.

Die Deckung der neuen Milliardenforderungen.

Das Reichskabinett wird sich in seiner heutigen Sitzung mit der Frage der Deckung der für die Beamten und die Eisenbahner erforderlichen Mittel befassen. Wie eine Radioübertragung erzählt, hat die Rede des Reichsfinanzministers Birck im finanzpolitischen Ausschuss des Reichstags im den führenden Kreisen der Eisenbahnerorganisationen starke Verwirrung hervorgerufen, die sogar bis in die Reihen der geistlichen Gewerkschaft deutscher Eisenbahner geht. Die Erregung ist dadurch hervorgerufen, daß Reichsfinanzminister Birck von Aufwendungen des Reiches in Höhe von sieben Milliarden gesprochen habe, während das Finanzprogramm der Regierung, das Staatssekretär Schäfer angekündigt, nur vornehmlich mit Zulagen in Höhe von 2 1/2 Milliarden rechnet. Eine gewisse Berärterung herricht auch darüber, daß Reichsfinanzminister Birck den geistlichen Beschreibungen mit dem Deutschen Beamtenbund nicht beizustimmen. Die Eisenbahnerorganisationen wollen, wie wir hören, gegen die Rede des Ministers im Reichswirtschaftsrat Einspruch erheben und die am Sonntag und in der kommenden Woche stattfindenden Vorstandssitzungen der Verbände werden auch zu dieser Frage Stellung nehmen.

Aufruf an die Deutsche Jugend zum 18. Januar 1921.

Deutsche Jugend!
Fünfhundert Jahre besteht heute das Deutsche Reich. Am 18. Januar 1871 wurde die nationale Einigung der Deutschen die Schlussschlacht des deutschen Volkes seit den Befreiungskriegen, verkündet. Ein gemaltiges Werk war vollbracht, die Grundlage für eine neue deutsche Größe gelegt. Um eine glänzende höhere Entwicklung nahm Bismarcks große politische Weisung in den folgenden Jahrzehnten. Jetzt aber, fast 50 Jahre, nachdem ein glänzender Sieg uns die nationale Einigung brachte, hat eine juchhabende Niederlage den Staat von 1871 zum Ruineort lassen. Er mühte zusammenbrechen, weil Bismarcks Werk nicht mit der fortschreitenden Entwicklung des deutschen Volkes fortgeführt worden war, weil der Staat nicht im Volksweltbewusstsein lebte, weil Volk und Staat nicht eins waren. Aber die deutsche Einheit ist gebrochen! Das deutsche Volk, jetzt erst durch die große gemeinsame Not als Volk wirklich geeint, ist nicht zusammengebrochen. Es will als einziges Volk weiterleben und hat sich deshalb sofort einen neuen Staat, seinen deutschen Volkstaat geschaffen. Deutsche Jugend! Die Weimarer Verfassung führt das Werk von 1871 fort und vollendet es. Durch sie ist die nationale Einigung von 1871 fortentwickelt worden zur Volkseinigung. Wir Jungen glauben an diese Volkseinigung allem Vortreten und Klaffen zum Trotz. Wir Jungen wollen sie verwirklichen — in jeder Hinsicht. Die deutsche Volksgemeinschaft ist unser Ziel, nicht als Abstra, sondern als Wirklichkeit im politischen, wirtschaftlichen und sozialen Leben. Wir Jungen müssen und werden den jungen Volkstaat mit warmem Leben erfüllen. Der Weg ist frei. Von uns, von jedem einzelnen Deutschen hängt das Schicksal Deutschlands ab. Wir müssen als Glieder dieses Staates Verantwortlichkeiten leben, die, erfüllt von höherem Selbstbewusstsein und starker Verantwortungsfreude, doch die Vollendung der Persönlichkeit und in der sozialen Gerechtigkeit erblicken. Hätte hat 1813 gesagt: „Von den Deutschen wird erst dargestellt werden ein wahrhaftes Reich des Rechts, wie es noch nie in der Welt erschienen, in aller der Begeisterung für Freiheit des Bürgers, die wir in der alten Welt erblickten, aber ohne Aufopferung der Mehrzahl der Menschen als Sklaven, ohne welche die alten Staaten nicht bestehen konnten: Für Freiheit gegründet auf Gleichheit alles dessen, was Menschenheit trägt!“ Ihr Jungen Deutschen! Am 18. Januar 1921 laßt uns geloben, daß wir jene Begeisterung der Freiheit und der Gerechtigkeit in unseren Sorgen wachhalten wollen, damit im deutschen Volkstaat jetzt das Reich des Rechts entsteht. Feinrich Kanabst,
1. Vorsitzender des Reichsbundes deutsch-demokratischer Jugendvereine.

Die Vereinigung von Baden und Württemberg

wurde am Freitag auf einer Konferenz der Sozialdemokratischen Arbeiter in Württemberg behandelt. Erhielten waren 26 badische und württembergische Vertreter. Es bestand grundsätzlich kein Bedenken gegen die Vereinigung. Ermüht erklärte die Konferenz die Notwendigkeit der Vereinigung an. Einig war man sich darin, daß der Vereinigungsgehalt von dem Willen der Bevölkerung beider Länder abhängen sein müßte und daher von der Sozialdemokratie nicht als Basisfrage behandelt werden sollte. Die großen wirtschaftlichen und finanziellen Not der nächsten Zukunft würden in kurzer Zeit die Erkenntnis zum Gemeinut machen, daß man sich den Luxus getrennter Verwaltung und Gesetzgebung und der wirtschaftlichen Konkurrenz nicht mehr leisten dürfe. Da auf württembergischer Seite bisher schon

